

Britische Planungsbehörde lehnt US-Housing-Projekt wegen unzuverlässiger Bedarfsangaben ab – der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch ist wild entschlossen, sein US-Housing-Projekt durchzuziehen!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 110/07 – 26.05.07**

Housing-Pläne in Großbritannien müssen aufgegeben werden

Britische Offizielle sehen keine Notwendigkeit für neue Häuser
bei den Flugplätzen Mildenhall und Lakenheath
Von Geoff Ziezulewicz

STARS AND STRIPES, 23.05.07

(<http://www.estripes.com/article.asp?section=104&article=53695&archive=true>)

Pläne zur Errichtung Hunderter Häuser außerhalb der Flugplätze Mildenhall und Lakenheath der Royal Air Force / RAF in England (auf denen Staffeln der US-Air Force stationiert sind) können nicht realisiert werden, nachdem eine lokale Behörde die Angaben der Air Force zur Anzahl der benötigten Häuser und der in den kommenden Jahren erwarteten Population zurückgewiesen hat.

Unter Hinweis auf die unkalkulierbaren Auswirkungen des Umbaus der Air Force in den nächsten fünf Jahren und die bestehenden Pläne, 70 Häuser in der Nähe des nahen RAF-Flugplatzes Feltwell zu errichten, hat die Planungsabteilung des Rates des Distriktes Forest Heath in einer Sitzung am 25. April ein weiteres Housing-Projekt der Air Force abgelehnt.

Weil die Planungsabteilung das Vorhaben abgelehnt hat, kann der Rat der Air Force auch kein unbebautes Gelände für ihre Baupläne mehr überlassen. Ein Bedarf habe nicht nachgewiesen werden können, sagte Nigel McCurdy, der Verwaltungsdirektor des Rates, der die Planungsabteilung eingeschaltet hatte.

Offizielle der Air Force hatten in einer im letzten Jahr veröffentlichten Analyse einen ungefähren Bedarf von etwa 440 Häusern in der Nähe der Flugplätze Mildenhall, Lakenheath und Feltwell für die kommenden Jahre geltend gemacht.

"Es ist unsicher, wie hoch der Bedarf der Amerikaner wirklich sein wird," sagte McCurdy. "Es gibt bis heute keine überprüfbare Zahl, die als Grundlage für die Planung neuer militärischer Wohnanlagen außerhalb der Flugplätze dienen könnte."

Der Umbau der Air Force und das möglich Bauvorhaben in Feltwell habe die weitergehenden Forderungen der Air Force fragwürdig werden lassen, äußerte McCurdy.

Trotz wiederholter Bitten um einen Kommentar haben das lokale Housing-Office der Air Force und die Presseabteilung in Lakenheath Fragen von STARS AND STRIPES zu den geplanten Wohnanlagen außerhalb der Flugplätze und zu dem möglichen Projekt bei Feltwell nicht beantwortet.

"Wir haben uns die Frage gestellt, ob die Häuser wirklich notwendig sind," sagte Roger Crane, der Vorsitzende der Planungsabteilung während der Abstimmung. "In Mildenhall gab es eine große Opposition dagegen. So weit wir feststellen konnten, werden die Häuser nicht gebraucht."

Bisher wurden keine Planungsunterlagen für das Bauvorhaben vorgelegt, aber die Ashwell Property Group, eine Gesellschaft aus Cambridge, mit der die Air Force im Jahr 2005 einen Vertrag über das Projekt geschlossen hat, lud im letzten Jahr zu Treffen im Rathaus ein, bei denen sich Einheimische an Hand von Skizzen über das Vorhaben informieren konnten.

Es ist nicht bekannt, was die Air Force bisher an Ashwell für die vorbereitenden Arbeiten bezahlt hat.

Bevor der Rat ein derart großes Housing-Projekt genehmigen könne, müsse ein nachprüfbarer Nachweis vorgelegt werden, dass ein ungedeckter Bedarf besteht, der nicht durch zusätzliche Baumaßnahmen auf dem Gelände der Flugplätze gedeckt werden kann, sagte McCurdy.

Die 440 Häuser müssten auf unbebautem Land errichtet werden, was der britischen Planungspolitik zuwider liefe und einer Ausnahmegenehmigung bedürfe, teilte McCurdy mit.

Gegen den Plan seien auch Einheimische aus Mildenhall und seiner Umgebung gewesen, sagte Crane. Im letzten Jahr habe sich sogar unter dem Namen "Rettet Mildenhalls Westen" eine Gruppe gegründet, um gegen die Pläne der Air Force zu kämpfen.

"Alle Mitglieder des Planungsausschusses waren gegen das Vorhaben," sagte Crane. "Sie wollen nicht, dass weiteres Land beansprucht wird."

Die Pläne, außerhalb des Flugplatzes Mildenhall 150 Häuser zu bauen, waren im April 2005 gebilligt worden und würden durch die jetzige Entscheidung des Rates nicht beeinträchtigt, teilte McCurdy mit. Aber zwei andere Bauvorhaben der Air Force, die der Ausschuss am Donnerstag zu behandeln habe, würden wahrscheinlich wegen der jüngsten Entscheidung ebenfalls abgelehnt, äußerte er.

McCurdy sagte, das bedeute nicht, dass der Rat damit die Zusammenarbeit mit der Air Force auch in Zukunft ablehne, aber die Planer wollten erst einmal abwarten, wie die Zukunft der Air Force in diesem Gebiet aussehe. Frühestens im Jahr 2010 seien aussagekräftige Angaben zur weiteren Entwicklung möglich.

"Wenn ich die jetzigen Zahlen akzeptiere, könnten Häuser für Leute gebaut werden, die nicht da sind," meinte er. "Das wäre doch ziemlich verrückt, oder etwa nicht?"

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit einer Ergänzung in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen.)

Unser Kommentar

Wenn die US-Air Force in Großbritannien neue Häuser für ihre Leute außerhalb der von ihr mitbenutzten britischen Flugplätze haben will, findet sie viel schwierigere Bedingungen vor als in der Bundesrepublik.

Das US-Militär muss seine Bauanträge nicht nur selbst stellen, es muss auch von den vorbereitenden Arbeiten über sämtliche Materialien bis zum letzten Handgriff beim Bauen alles selbst bezahlen.

Wie der Artikel belegt, prüfen lokale Entscheidungsträger alle US-Bauanträge sehr kritisch und lehnen sie – auch wegen des Widerstandes der einheimischen Bevölkerung – einfach ab, wenn offenkundige Unwägbarkeiten der US-Militärpolitik angegebene Bedarfszahlen als überhöht erscheinen lassen.

Ganz anders verhält sich da die rheinland-pfälzische Landesregierung, vertreten durch ih-

ren Innenminister, den US-Ehrenoberst Karl Peter Bruch.

Seit vier Jahren geht Bruch mit einem Housing-Projekt in Washington hausieren, das die US-Militärs in Rheinland-Pfalz nicht nur keinen Cent kosten, sondern auch noch von einer eigens dafür gegründeten "Projektentwicklungsgesellschaft mbH" namens HIRP mit Geldern weniger großer Investoren schlüsselfertig errichtet werden soll.

Bisher haben die US-Streitkräfte sich immer geziert, ihren Bedarf anzugeben – Bruch war ursprünglich einmal von 2000 Komfort-Einfamilienhäusern für US-Mieter in ganz Rheinland-Pfalz ausgegangen. Jetzt haben sie allein für die Region Kaiserslautern einen Bedarf von "1751 Wohneinheiten" bis zum Jahr 2011 angemeldet. Wie will das US-Militär heute schon wissen, dass es in vier Jahren nicht "ca. 1750 Häuser", sondern genau eins mehr brauchen wird? Wahrscheinlich waren es US-Verantwortliche im Pentagon und vor Ort leid, ständig von Bruch bedrängt zu werden, und haben einfach eine Zahl genannt, damit er endlich Ruhe gibt. Besessen von der fixen Idee "Jedem GI seine eigene Villa!", kann er nun endlich anfangen, mit deutschem Geld seine Traumhäuser errichten zu lassen, für die bei ähnlich kritischer Prüfung wie in Großbritannien überhaupt kein Bedarf besteht. Schon jetzt klagen viele Vermieter rund um die US-Standorte über Leerstände.

Aber Innenminister Karl Peter Bruch und sein Hiwi Jürgen Hiller wollen mit neuen Komfort-Häusern "die Präsenz der US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz stabilisieren" (RHEINPFALZ, 21.05.07). Deshalb versprechen sie den Investoren auch eine Mietzahlungs-Garantie von 15 Jahren, für die rheinland-pfälzische Steuerzahler noch sehr teuer bezahlen werden. Nach dem Willen der SPD-Landesregierung der Herren Beck und Bruch sollen die Westpfälzer und Saarländer den unerträglichen Fluglärmterror, der von Ramstein und Spangdahlem ausgeht, also noch mindestens 15 Jahre länger ertragen.

Dabei hat Herr Bruch erst kürzlich in Mainz eine DVD zum Erfolg der "Konversion in Rheinland-Pfalz" vorgestellt. Darüber hat die "Allgemeine Zeitung Bad Kreuznach" am 08.05.07 u. a. berichtet:

"Teil der Konversion ist auch das Housing-Konzept der Mainzer Landesregierung. Außerhalb der US-Kasernen sollen mit Hilfe von Privatinvestoren Einfamilienhäuser für US-Soldaten gebaut werden. 700 Häuser sollen in einem ersten Schritt in Spangdahlem (Eifel) und Ramstein (Pfalz) entstehen; diese Zahl soll auf 1400 ausgeweitet werden. Die Frage, was mit Baumholder (Kreis Birkenfeld) – dort soll die 1. Panzerdivision der US-Streitkräfte abziehen – geschieht, ist noch offen. Wie Innenminister Bruch angekündigt, will er in der kommenden Woche erneut in die USA fliegen."

Nach unserer Zählung dürfte das die sechste Bruch-Reise in die USA gewesen sein. Über die anderen fünf haben wir in der LP 111/06 berichtet. Bruchs Angebot, auch die militärische Infrastruktur Baumholders von deutschen Privatinvestoren verbessern zu lassen, haben wir in der LP 117/06 "gewürdigt". Sein "Housing-Programm" will Bruch jetzt auch noch als "Konversions-Projekt" verkaufen. Es würde uns nicht wundern, wenn er auch den hohen Finanzierungsanteil, den das Land übernimmt, unter "Konversions-Ausgaben" verbuchen ließe. Vor wem wird Innenminister Bruch wohl diesmal in Washington auf den Knien gelegen und darum gebettelt haben, dass er noch mehr von Rheinland-Pfälzern gezahlte Steuern für das US-Militär verpulvern darf?

Wir haben die rücksichtslose, US-hörige Politik der Herren Beck und Bruch satt, die wir – auch wegen des Wertverlustes bei Häusern und Grundstücken – teuer bezahlen müssen und die uns neben der Ruhe und dem Frieden auch den letzten Rest Lebensqualität raubt.

Frau Herbert von der RHEINPFALZ sollte nicht über die "Zornesröte in den Gesichtern der grundsätzlichen Gegner der US-Präsenz" spekulieren, sondern sich fragen, warum den Wenigen, die von dieser Präsenz profitieren, ihre indirekte Teilhabe an den US-Kriegsverbrechen nicht die Schamröte ins Gesicht treibt.